

Kreistag



ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 10. Sitzung des Kreistages
am Montag, 26.06.2023, 15:00 Uhr bis 21:00 Uhr
in der Sporthalle der Berufsbildenden Schulen Holzminden

Anwesenheiten

Vorsitz:

Stock, Harald, Kreistagsvorsitzender

Landrat:

Schünemann, Michael

SPD

Allruth, Bjarne, Abgeordneter
Brennecke, Wilhelm, Abgeordneter
Grottke, Birgit, Abgeordnete
Hoch, Winfried, Abgeordneter
Jacke, Susanne, Abgeordnete
Lages, Friedel, Abgeordneter
Nienstedt, Rita, Abgeordnete
Özalp, Esin, Abgeordnete
Perdacher, Elke, Abgeordnete
Reinisch, Stephan, Abgeordneter
Reuter, Dirk, Abgeordneter
Saudhof, Helmut, Abgeordneter
Tippelt, Sabine, Abgeordnete

CDU

Affelt, Helmut, Abgeordneter
Blume, Wolfgang, Abgeordneter
Echzell, Sabine, Abgeordnete
Kaussow, Bernd, Abgeordneter
Krause, Theodor, Abgeordneter
Matyssek, Peter, Abgeordneter
Munzel, Axel, Abgeordneter
Oerke, Birgit, Abgeordnete
Schünemann, Uwe, Abgeordneter
Tekluck, Lutz, Abgeordneter

Warnecke, Tanya, Abgeordnete

FDP

Borchers, Marcel, Abgeordneter
Dörrier, Burkhard, Abgeordneter
Grupe, Hermann, Abgeordneter
Pieper, Karl-Friedrich, Abgeordneter
Dr. Scharffetter, Ernst-Wilhelm, Abgeordneter

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Farries, Karin, Abgeordnete
Fischer, Andreas, Abgeordneter
Henke, Gerd, Abgeordneter
Meyer, Christian, Abgeordneter
Ruhwedel, Peter, Abgeordneter

UWG

Steinmetz, Wilfried, Abgeordneter
Stiehler, Eileen, Abgeordnete

AfD

Dr. Otto, Manfred, Abgeordneter

Fraktionslos

Golczyk, Sabine, Abgeordnete

Abwesend:

Hundertmark, Axel, Abgeordneter (CDU)
Kasperzik, Wulf, Abgeordneter (FDP)
Kassel, Manuela, Abgeordnete (AfD)

Von der Verwaltung

Humburg, Sarah, Erste Kreisrätin
Buberti, Ralf, Kreisbaurat
Ahlborn, Stefanie, Dezernentin Dezernat 4
Brünig, Sigrun, Gleichstellungsbeauftragte
Patermann, Carola, stellv. Leiterin Rechnungsprüfungsamt

Protokollführung

Herbst, Anja

**32. Antrag der KAbg. Sabine Golczyk
hier: Regionaler Härtefallfond**

62/2023

Frau KAbg. Golczyk berichtet, dass sie mit Frau Ahlborn gesprochen habe und die Argumente von Frau Ahlborn ihr plausibel erscheinen und sie daher den Antrag zurückziehe. Trotzdem möchte sie darauf hinweisen, dass die Situation von Menschen am unteren Rand der materiellen Versorgung im Landkreis nicht hinzunehmen ist. Und es ist kein Argument, dass der Soziale Härtefonds nicht in Anspruch genommen werde, um zu sagen, dass dieses Problem nicht existiere. Es existiere, und werde von Tag zu Tag größer. Beim Bürgergeld gebe es mittlerweile ein Defizit von acht bis zehn Euro im Monat, aufgrund der gestiegenen Energiekosten. Frau KAbg. Golczyk bittet die Landtagsabgeordneten sich dafür einzusetzen, dass das Geld dieses Fonds in die Kommunen und in den Landkreis fließen und den Menschen zu Gute kommen, die sie dringend brauchen.

33.

**Antrag der SPD-, CDU-, FDP-, Bündnis 90/Die Grünen- und UWG-Kreistagsfraktion vom 22.05.2023:
"Pilotprojekt Motorradlärm"**

112/2023

Herr KAbg. Reuter stellt fest, dass es erfreulich sei, dass es noch Dinge gebe, über die Einigkeit herrsche. Er trage den Antrag für alle beteiligten Fraktionen vor. Betonen möchte er, dass es bewusst nicht um die Motorradfahrer gehe, die vernünftig und leise durch den Landkreis fahren, sondern um die, die ein Höllenspektakel veranstalten. Darauf hinweisen möchte er auch, dass dieser Krach zu einem großen Teil legal passiere, weil es geltende Betriebserlaubnisse für die Motorräder gebe. Dieses könnte in Berlin geändert werden, aber leider geschehe dies nicht. Daher mache man sich selber auf den Weg, um vielen Bürgern wieder die Möglichkeit einzuräumen, an den Wochenende auch ihre Gärten nutzen zu können.

Herr Dr. Otto möchte bei so viel Einigkeit gerne eine Gegenrede halten, die seiner Meinung nach auch gut begründet sei. Auch er nehme natürlich wahr, dass bei schönem Wetter viele Individualisten unterwegs sind und er respektiere auch Bürgerinitiativen, besonders auch gegen Windenergie. Da habe er besonders große Sympathie für. Motorradfahrer sind im Weserbergland, genauso wie Wohnmobilisten, eine touristische Größe, die allen willkommen sein sollten. Jetzt melde sich die Deutsche Umwelthilfe mit einem Konzept beim Landkreis, welches natürlich auch Fahrverbote beinhalte. Dass sich bei diesem Vorhaben auch die FDP beteilige, als Freiheitspartei, finde er äußerst interessant. Noch interessanter finde er jedoch, dass sich die CDU beteilige, da die CDU bereits 2018/2019 der Umwelthilfe Mittel streichen wollte. Die aggressive Politik gegen das Auto und das Motorrad werde weiterhin von der Umwelthilfe betrieben. Bei dem vorgelegten Konzept handele es sich nicht um fortschrittliches Handeln, sondern um ein Alibipapier für den Abfluss von Geldern aus dem Landeshaushalt. Ihm sei nicht klar, was Gegenstand dieses Pilotprojektes sei, da es sich um Landesstraßen handele und welche Rolle dabei der Landkreis spielen könnte. Er wehre sich gegen freiheitseinschränkende Fahrverbote und ist der Meinung, dass man auch mit passiven Maßnahmen etwas erreichen könne. Die Deutsche Umwelthilfe sei für ihn als Projektnehmer völlig skandalös und ungeeignet und deshalb lehne er den Antrag ab.

Herr Landrat Schünemann teilt mit, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde, da er auch 1. Vorsitzender der Weserberglandtouristik ist.

Frau KAbg. Tippelt erklärt zu den Äußerungen von Herrn KAbg. Dr. Otto, dass die Beauftragung der Gelder im Rahmen der großen Koalition in Hannover geflossen sind. Die Mittel habe Olaf Lies freigestellt und nicht Christian Meyer. Auch die Lärmdisplays wurden gemeinsam angeschafft und man habe an einer Sitzung teilgenommen, in der Herr Brockmann deutlich dargestellt habe, welche Lärmbelästigungen jedes Wochenende hinzunehmen sind. Fraktionsübergreifend wolle man sich für die Bürger*innen einsetzen, die an diesen Straßen wohnen.

Herr KAbg. Henke erklärt nochmals, dass man das Projekt gemeinsam trage und auch mit der Deutschen Umwelthilfe kooperieren werde. Das Augenmerk möchte er auch auf die Maßnahmen in Lauenförde lenken. Dort habe man einen großen touristischen Akteur mit der Motorrad-Villa, ehemals Villa Löwenherz, die jedes Jahr etwa 20.000 Übernachtungen verzeichne. Die Gemeinde ist sehr froh über diesen Betrieb, da dort immer viel Bewegung ist. Die Gemeinde Lauenförde habe wiederholt festgestellt, dass das sehr seriöse Leute sind, welche dort hinkommen. Dass diesen Leuten jedoch eine Lärmpause an Wochenenden und Sonn- und Feiertagen auferlegt werden soll, könne er nicht nachvollziehen. Die Beschwerden in dem Bereich werden vornehmlich von ein, zwei Personen vorgebracht, die alles Mögliche behindern wollen und sich dagegen wehren. Die Verwaltung müsse der Umwelthilfe deutlich machen, dass das nicht hinnehmbar sei und auch für die touristische Entwicklung des Südkreises hinderlich ist.

Herr KAbg. Ruhwedel stellt klar, dass die Äußerung von Herrn KAbg. Henke nicht die Fraktionsmeinung sei.

Der Kreistag beschließt:

Die Fraktionen von SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen sowie UWG beantragen, die Umwelthilfe Deutschland mit der Durchführung des Pilotprojektes zur Verringerung des Motorradlärms im Landkreis Holzminden zu beauftragen. Grundlage dafür ist das Schreiben der Umwelthilfe Deutschland vom 14.04.2023. Umgesetzt werden sollen der mit dem Schreiben übersandte Maßnahmenkatalog, ergänzt um die vom Flecken Delligsen vorgeschlagenen Ergänzungen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich mit 1 Gegenstimme

34. Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.2023: 125/2023
"Kostenermittlung und finanzielle Schadensfeststellung des Sachverhaltes „Straßenverkehrsamt Holzminden“"

Herr KAbg. Lages trägt den Antrag der SPD Fraktion vor und berichtet ergänzend, dass es einen Leserbrief in TAH gegeben habe, nachdem der Landesrechnungshof eingeschaltet wurde und insofern auch ein öffentliches Interesse daran bestehe, endlich aufzuzeigen, welche Kosten entstanden sind.

Herr KAbg. Grupe stellt fest, dass die FDP Fraktion diesen Antrag ablehne, nicht, weil sie keine Aufklärung wolle, sondern weil einige Sachen einfach falsch sind. Alle Abgeordneten hätten Aufklärung bekommen, teilweise in öffentlichen und auch in nichtöffentlichen Sitzungen. Was er ablehne sei die Meinung der SPD Fraktion, dass der Landkreis und alle mit dem Sachverhalt befassten Personen, die schlechteste aller Entscheidungen gewählt habe. Die Richter haben deutlich gemacht, dass die